**Karas/Becker: "EU-Gipfel bekräftigt soziale Marktwirtschaft"**

Göteborg: Staats- und Regierungschefs beschließen "Säule sozialer Rechte". EU ist vor allem für Bürger da. Subsidiarität bleibt wesentlich.

Brüssel, 17. November 2017 (ÖVP-PD) "Es ist ein wichtiges und richtiges Signal, dass die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten heute in Göteborg die Erklärung der sozialen Grundrechte für jeden EU-Bürger unterzeichnen und damit die soziale Marktwirtschaft bekräftigen", sagen die ÖVP-Europaabgeordneten Othmar Karas und Heinz K. Becker. "Denn Europa ist in erster Linie für die Bürger da."

Eine EU ohne soziale Säule widerspricht der sozialen Marktwirtschaft.

Othmar Karas MEP

Mit der "Säule der sozialen Rechte" werden 20 Grundrechte wie Gleichberechtigung, Bildung, faire Löhne und Kinderbetreuung festgeschrieben, die prinzipiell jeder EU-Bürger hat. "Die Säule sozialer Rechte macht allen noch einmal bewusst, dass unser Ordnungsmodell in Europa die soziale Marktwirtschaft ist", sagt Karas. "Es darf nicht sein, dass wir immer über Binnenmarkt, Dienstleistungs-Richtlinie und Wettbewerb reden und der sozialen Dimension kein Augenmerk schenken. Eine EU ohne soziale Säule widerspricht der sozialen Marktwirtschaft."

"Nicht eine Sozialunion sondern eine europäische Sozialpolitik hat Priorität für die Zukunft", sagt Becker. "Sie muss einem ganz konkreten Verständnis von Subsidiarität folgen: Es geht um das Anheben sozialer Standards in jenen Mitgliedstaaten, die noch nicht das Niveau von EU-Ländern wie zum Beispiel Österreich erreicht haben."

Nicht eine Sozialunion sondern eine europäische Sozialpolitik hat Priorität für die Zukunft.

Heinz K. Becker MEP

"Für Mitgliedstaaten mit hohen sozialen Standards gilt der Satz von Jean-Claude Juncker: Nationale Sozialsysteme werden noch lange unterschiedlich und eigenständig bleiben", so Becker. "Das bedeutet, dass funktionierende soziale Leistungen, die ein Staat anbietet, unangetastet bleiben. Eine europaweit gleiche Kranken- oder Arbeitslosenversicherung bringt daher zum Beispiel nichts. Eine europäische Privatpension, die über den freien Kapitalmarkt finanziert wird, ist dagegen vorstellbar."

"Kein Mensch braucht sich vor dem zu fürchten, was in Göteborg beschlossen wird", sagt Karas. "Denn es handelt sich bei den sozialen Grundrechten um einen Grundkonsens und eine Selbstverständlichkeit für eine EU, die auch eine Wertegemeinschaft ist." Becker betont, dass es sich bei den 20 sozialen Grundprinzipien um Empfehlungen handle, die es den Mitgliedstaaten überlassen, wie sie sie konkret umsetzen.